

Im Namen des Gesetzes ...

Über Polizei und öffentliche (Un-)Sicherheit

THOMAS FELTES

Vortrag im Rahmen der September-Akademie der Julius-Raab-Stiftung in Wien zum Thema „Freiheit oder Sicherheit? – Der demokratische Rechtsstaat zwischen individueller Freiheit und öffentlicher Ordnung“

Wien, 23. Oktober 2000

Einleitung

*„Wer stark genug ist, alle zu schützen, ist auch stark genug, alle zu unterdrücken.“
Thomas Hobbes*

Dieses Zitat von Thomas Hobbes ist entnommen aus der Broschüre Ihrer Stiftung zur diesjährigen September-Akademie. Natürlich hat Hobbes dies gesagt (oder geschrieben) mit Blick auf den Staat, auf das staatliche Gewaltmonopol, das dem Schutze aller dienen soll. Man kann es aber, so meine ich, und ohne Hobbes Gewalt an zu tun, durchaus auch auf die Polizei als Institution zur Wahrung des staatlichen Gewaltmonopols beziehen und damit das Problem deutlich machen, vor das uns die Polizei als Institution, aber auch jeder einzelne Polizeibeamte als Person stellt: Um stark genug zu sein, uns wirklich zu schützen, muss die Polizei so stark sein, dass sie uns auch alle unterdrücken kann. Dass dies nicht nur theoretische Überlegungen sind, zeigt uns die jüngste Vergangenheit. Die Frage ist: Wenn Hobbes Recht hat (und ich zweifle nicht daran), wie kann man dann gewährleisten, dass eine starke Polizei mit Lizenz zur Gewaltanwendung einen möglichst großen Handlungsspielraum bekommt (denn den braucht sie ohne Zweifel bei der gegenwärtigen Verfasstheit unserer Gesellschaft), ohne gleichzeitig einen ebenso grossen Willkürspielraum zu haben?

Die Polizei zwischen Freiheit und Sicherheit

Zygmunt Bauman hat in seinem Vortrag zum Thema „Freiheit und Sicherheit“ im Rahmen der September-Akademie 1998 Unsicherheit als hohen Preis der Freiheit bezeichnet, wobei das Thema seines Vortrages übrigens in einem gewissem Widerspruch zum Thema der diesjährigen Akademie „Freiheit oder Sicherheit?“ steht. Sowohl Freiheit ohne Sicherheit, so sagte er, als auch Sicherheit ohne Frei-

heit verdammen dazu, unglücklich zu werden [1]. Obwohl es für diese Annahme mangels konkreter eindeutiger Modelle keine empirischen Belege gibt, spricht doch vieles dafür, dass der gesunde Mittelweg zwischen Sicherheit und Freiheit einerseits notwendig, andererseits nicht so einfach zu finden ist. Bewohner von „Gated Communities“ in den USA, die durch Privatpolizei gesichert hinter Mauern leben, beklagen schon nach wenigen Monaten eine bestimmte Form von Unfreiheit und Langlebigkeit; Ostdeutsche, die seit der Maueröffnung 1989 in „Freiheit“ leben, beklagen sich über die Unsicherheiten, mit denen sie nun konfrontiert sind. Liegt also die Wahrheit in der Mitte und man braucht „nur“ den goldenen Mittelweg zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden? „In der allergrößten Not bringt der Mittelweg den Tod“ ist ein alter Spontispruch der 68er-Generation, der vielleicht etwas Wahres in sich birgt. Ist es nicht gerade der Reiz der Unsicherheit, der uns dazu bringt, schneller als erlaubt zu fahren oder sonst etwas Unerlaubtes zu tun? Begeben wir uns ebenso nicht manchmal lieber in individuelle oder strukturelle Abhängigkeiten, und geben dabei bewusst eine Freiheit auf, für die man ggf. selbst verantwortlich sein müsste? Wollen wir nicht immer möglichst viel Freiheit und Sicherheit für uns und akzeptieren Unfreiheit und Unsicherheit bei anderen?

Wenn wir uns den Zwiespalt zwischen Sicherheit und Freiheit genauer ansehen, dann werden wir feststellen, dass er ständig neu definiert werden muss, dass es keine allgemeingültige Formel dafür gibt, wieviel Unsicherheit eine Gesellschaft ertragen, wieviel Unfreiheit individuell zumutbar ist. In diesem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess spielt die Polizei eine nicht unerhebliche Rolle: Tagtäglich wird sie mit Situationen konfrontiert, wo die Freiheit des einen die Sicherheit des anderen tangiert oder gefährdet und wo sie oft unmittelbar und ohne Verzug handeln muss.

Dies unterscheidet übrigens die Polizei von anderen (staatlichen) Institutionen im Gemeinwesen: Sie muss oftmals ohne Verzug handeln und soll dabei immer die richtigen Entscheidungen treffen (Richter und Staatsanwälte können hin-

gegen einen Fall in Ruhe von allen Seiten betrachten und ihre Entscheidung abwägen); zusätzlich hat die Polizei eine Art Allgemeinzuständigkeit für alle Unordentlichkeiten des Alltags: Sie wird immer dann gerufen, wenn andere Einrichtungen nicht verfügbar sind, sich für nicht zuständig erklären oder einfach dem Bürger nicht bekannt sind (oftmals wird die Polizei aber auch gerufen, weil man von ihr am ehesten und schnellsten eine Problemlösung erwartet).

In meinem Vortrag will ich versuchen, dieses Spannungsfeld, in dem sich die Polizei bewegt, näher auszuleuchten, die Bedingungen, unter denen sich innere Sicherheit in unserer gegenwärtigen Gesellschaft ereignet, näher zu beleuchten und mich mit den subjektiven Befindlichkeiten beschäftigen, die sich um das Thema Sicherheit und Unsicherheit ranken.

Lassen Sie mich zu Beginn einen kurzen Ausflug in die Rechtsethnologie unternehmen (getreu dem Motto: Aus der Geschichte lernen heißt siegen lernen – oder so...) und sehen, wie Konflikte früher gelöst wurden, ob es schon immer Strafjustiz und Polizei gab und woher die heutige Fixierung auf das Strafrecht als Problemlöser in unserer Gesellschaft kommt.

Die Rechtssysteme vorstaatlicher Gesellschaften zeichneten sich dadurch aus, dass keine Trennung zwischen öffentlichem, d.h. Strafrecht und privatem Recht stattfand. Es wurden keine Unterschiede zwischen einem Strafverfahren und der Geltendmachung eines zivilrechtlichen Ersatzanspruchs gemacht: Ein Verfahren und eine Buße, die sowohl Wiedergutmachung, Strafe als auch Gerichtsgebühr war. Erst bei den sog. Hochkulturen findet sich dann so etwas wie eine öffentliche Strafe. Die reine Schadensabwehr und Wiedergutmachung tritt zurück, der Staat greift zu Körper-, Freiheits- oder Geldstrafen, um sein Strafmonopol, seinen Strafanspruch durchzusetzen. Mit der Zeit und insbesondere aufgrund der Tatsache, dass für die Vermittlung in Konflikten bezahlt wurde bzw. bezahlt werden musste, verselbständigten sich die Strafinstanzen. So werden „öffentliche Bußen“ möglich und die Schlichter erkennen die Möglichkeit, am Schlichten (und damit an Normverstößen) zu ver-

dienen. Allmählich wird aus der Schlichtung eine selbständige Bestrafung, die häufig nur dazu dient, den Schlichtern Einnahmen zu verschaffen. Besonders anerkannt wird dann nicht mehr derjenige, der einen Streit schlichtet, sondern derjenige, der es schafft, möglichst viele Bußen zu verhängen und möglichst viel Geld einzutreiben. Steht für das Opfer die finanzielle oder persönliche Kompensation im Mittelpunkt, so interessiert das Gericht hauptsächlich die Strafe.

Während es früher die gegenseitige Abhängigkeit ermöglichte, auf schriftlich fixierte Normen und formelle Verfahren zu verzichten, wird mit zuneh-

professionalisierten Instanzen der Konfliktregelung Konflikte an sich ziehen, sie den Betroffenen „stehlen“, wie der norwegische Kriminologie Nils Christie dies formuliert hat. Das Beharren auf dem staatlichen Strafanspruch auch in den Fällen, in denen dies weder aus spezial- noch aus generalpräventiven Erwägungen heraus notwendig erscheint, ist insoweit auch eine Form der Erziehung zur Unmündigkeit, die zwar in die allgemeine gegenwärtige Entwicklung passt, für ein harmonisches Funktionieren der Gesellschaft aber eher dysfunktional ist.

Konflikte fördern die Kommunikation, sie „vergesellschaften“, wie Ralf

Dass die Polizei keine moralische Institution ist, die über Gut und Böse, glücklich und unglücklich wacht (oder dazu verhilft), sondern dazu bestimmt ist, die rechtliche Verfasstheit einer Gesellschaft, ihre Rechtsordnung zu bewahren, ist inzwischen allgemein anerkannt. Wachte die Polizei unmittelbar nach ihrer „Erfindung“ im 16. Jahrhundert noch über Sittlichkeit und Moral, Kleiderordnungen und Gewerbeausübung, so wird ihr spätestens mit dem Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 ausschließlich die Aufgabe der Gefahrenabwehr übertragen – allerdings mit dem kleinen, neuerdings wieder vermehrt genutzten Schlupfloch der „öffentlichen Ordnung“, die sie zu erhalten habe. Und dass „Ordnung“ und „Unordnung“ keine objektiven, sondern subjektiv interpretierbare Begriffe sind, wissen wir in Deutschland spätestens, seit im letzten Jahr Versuche unternommen wurden, die Polizei auch gegen Fäkalien hinterlassende Hunde(halter) und den Geschäftsverkehr behindernde Obdachlose einzusetzen.

Nicht unbedingt bei diesen Einsätzen, schon eher z.B. bei Demonstrationen gerät die Polizei oftmals zwischen gesellschaftliche Fronten, und nicht wenige Polizeibeamte beklagen sich immer wieder, dass politische oder gesellschaftliche Konflikte auf ihrem Rücken ausgetragen werden und sie als repressiver Arm des Staates eingesetzt und von den Bürgern wahrgenommen werden.

Zudem werden Polizeibeamte in ihrem Alltag nicht gerade mit der Schokoladenseite unserer Gesellschaft konfrontiert. Ihr Beruf kann bei ihnen den Eindruck erwecken, die Welt bestünde nur aus Unordnung, Benachteiligung und Kriminalität. Sie laufen so Gefahr, in zwei unterschiedlichen Welten zu leben: der Welt des beruflichen Alltags und der Welt des Privaten. Die Komplexität des Alltags birgt die Gefahr, dass die überlebensnotwendige Reduktion dieser Komplexität in der Flucht in einfache Lösungen, einfache Weltbilder, einfache Konstruktionen gesehen wird – und damit besteht für die Betroffenen die Gefahr, anfällig zu werden für einfache, monolithische Gesellschaftsbilder, für ein – manchmal, z.B. auch bei Drogenkontrollen, im wahrsten Sinne des Wortes – Schwarz-Weiß-Denken im Polizeiverfolgungsalltag.

Dabei entbindet die vordergründig repressive Funktion die Polizei nicht von der Verpflichtung, Prävention vor Repression zu setzen, wie dies in anderen



INNERE SICHERHEIT - GUTES GEFÜHL

mender Anonymität und rückläufiger Intensität der individuellen Beziehungen in der Gesellschaft der Rückgriff auf Normen und formelle Konfliktlösungen verstärkt, die Konfliktlösung wird professionalisiert, was durchaus auch positive Aspekte hat, aber den Einzelnen immer mehr aus der Verantwortung für das Gemeinsame entlässt. Die Profis der Polizei und Justiz stehen zur Verfügung, also setzt man sie auch ein.

Allerdings darf daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass dieser Wunsch nach staatlicher Intervention und Entscheidung auch immer ein Wunsch nach Bestrafung ist. Vielmehr kann der in neuerer Zeit verzeichnete Anstieg der Strafverfahren und auch der Formalisierung dieser Verfahren als Ausdruck von stärkerem Machtungleichgewicht gesehen werden. Mit zunehmender Komplexität einer Gesellschaft verstärkt sich die Formalisierung der Streitbeilegung. Hinzu kommt, dass die

Dahrendorf dies einmal formulierte, auch wenn man das heute kaum noch sehen will. Gesellschaftliche Normen, formelle wie informelle, werden im Verlauf einer solchen Konfliktbewältigung bewusst gemacht und damit verstärkt. Ich will nun nicht das hohe Lied einer konfliktreichen Gesellschaft singen und behaupten, dass Konflikte ausschließlich positive Elemente besitzen. Aber ich will deutlich machen, dass Konflikte notwendig sind und dass man den demokratischen Zustand einer Gesellschaft auch daran festmachen kann, wie man mit Konflikten umgeht und wieviel Konflikte man ertragen kann. Auch in der Polizei hat sich das Konfliktverständnis in den letzten Jahren verändert. Deeskalation, Kommunikation, Vermittlung und Bürgernähe lauten die Stichworte, die deutlich machen, dass sich Polizei auch und gerade dann, wenn sie repressiv tätig wird, dem Bürger vermitteln will, mit ihm und nicht gegen ihn agieren will.

Bereichen wie z.B. dem staatlichen Gesundheitswesen längst Praxis und anerkannt ist. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Polizei ist verpflichtet, ggf. auch gegen die herrschende lokale oder überregionale Politik aufzubegehren, wenn sie der Auffassung ist, dass Fehler gemacht werden, die sie (die Polizei) dann ausbügeln muss: Wenn z.B. die tatsächlichen Ursachen für Kriminalitätsentwicklungen nicht erkannt werden oder Veränderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf Defizite im politischen Bereich zurückzuführen sind (Bsp.: Schließung von Jugendtreffs in der Ex-DDR).

Polizei als Idee wie als Institution hat damit einerseits (ähnlich dem Strafrecht) eine „ultima ratio“-Funktion, d.h. sie ist „last resort“, die letzte Zuflucht, wenn Dinge aus dem Ruder zu laufen drohen. Andererseits darf sie sich nicht auf diese Funktion beschränken lassen und zum Handlanger von politischen Alltagsentscheidungen verkommen. Eine aufgeklärte und demokratische Polizei übernimmt die Verantwortung, die ihr von der Gesellschaft übertragen worden ist und mischt sich ein – auch und gerade wenn dies manchen Politikern nicht passen mag.

Skeptiker oder Polizeikritiker werden hiergegen einwenden, dass man eine solche Verantwortung einer Institution mit unterstellter Fremdenfeindlichkeit, mit vermutetem Rechtskonservatismus und individueller Gewaltveranlagung nicht übertragen darf. Aber ungeachtet der Tatsache, ob diese Unterstellungen tatsächlich für bestimmte Teile der Polizei zutreffen (und sie tun es, zumindest gibt es in meinem wie in ihrem Land nicht erst seit dem letzten Bericht von Amnesty International Indizien dafür): Kann es nicht sein, dass wir mit dem falschen Gedankenansatz an die Sache herangehen? Ist die Polizei (oder besser gesagt: sind Teile von ihr) vielleicht so geworden, weil wir ihr diese Verantwortung nie übertragen, ihr nie zugetraut haben, eine eigene demokratisch legitimierte Verantwortung zu haben? Liegt das Problem vielleicht darin, dass wir die Polizei als Handlanger der Politik begreifen, sie ihr quasi überlassen und die Polizei diese Erwartung übernimmt und den gefügigen Büttel der Herrschenden spielt? Haben wir möglicherweise ein Verständnis von Polizei, das nicht mehr zur aufgeklärten Demokratie des 21. Jahrhunderts passt? Und bemerken wir denn nicht, dass sich zumeist still, aber bestimmt bei der Polizei eine Entwicklung, eine Demokrati-

sierung ereignet hat und noch immer ereignet? Polizeibeamte stellen sich zwar nicht öffentlich quer und revoltieren. Aber sie wollen keine tumben Befehlsempfänger mehr sein, und dort, wo sie als solche behandelt werden, rebellieren sie oder flüchten, wenn es keine andere Lösung gibt, in innere Kündigung oder Zynismus.

Die Polizeiausbildung ist europaweit reformiert, man kann fast sagen revolutioniert worden. In Verbindung mit der Einführung eines neuen Verwaltungsverständnisses haben Kundenorientierung, Selbstverantwortung und Delegation auch hier Einzug gehalten. Bürgernähe ist kein Schlagwort mehr, sondern Grundlage einer neuen Philosophie von Polizeiarbeit, die sich allerdings, und dies ist das Problem, zu einem Zeitpunkt ereignet, wo Europa vor einer der größten Herausforderung der Geschichte steht. Um es deutlich zu machen: Gerade diese Herausforderung macht es notwendig, die Strukturreform der Polizei nicht nur zu akzeptieren, sondern weiter aktiv voranzutreiben und zu gestalten. Nur eine „neue“ Polizei, die sich von einem militärischen Verständnis von Problemlösungen verabschiedet und auf ein Miteinander statt Gegeneinander setzt, kann uns helfen, ein sicheres und freiheitliches Europa zu gestalten.

Wir fürchten uns zu Tode. Von der zunehmenden Unsicherheit in der Gesellschaft

Der Wiener „Kurier“ berichtet in seiner heutigen Ausgabe von einer Befragung in Wien, in der die Bürger angeben konnten, was sie an Wien freut oder ärgert. Auf Platz 1 der Ärgernisse liegt der Autoverkehr (von 14% benannt), gefolgt von „Mentalität/Intoleranz“ (10%), Stadtplanung/Bau (8%) und Hunde/Hundekot (7%). Interessanterweise taucht in der kompletten Auflistung der Wiener Ärgernisse Kriminalität überhaupt nicht auf. Zufall? Nein. Wir wissen seit langem, dass dann, wenn man die Bürger „offen“, d.h. ohne Vorgaben befragt (wie dies hier geschehen ist), Kriminalität als Problem, wenn überhaupt, unter „ferner liefen“ auftaucht (in der jährlich in Deutschland durchgeführten Studie der R+V-Versicherungen z.B. auf Rang 13 bis 15). Fragt man die Bürger hingegen konkret danach, ob „Kriminalität ein Problem“ sei, dann antworten auf diese Frage bis zu Dreiviertel mit „ja“. Zufall oder gesellschaftspolitische Suggestion? Ich werde darauf zurückkommen.

Merkwürdigerweise und im krassen Gegensatz hierzu stellen wir europaweit seit geraumer Zeit einen Anstieg der von Bürgern artikulierten subjektiven Verbrechensfurcht fest. So titelte der „Spiegel“ vor nicht allzu langer Zeit: „Die Deutschen fürchten sich zu Tode“. Und tatsächlich ist es so, dass weltweite Vergleichsstudien zeigen, dass Deutsche, Schweizer und Österreicher ein hohes Mass an Verbrechensfurcht haben, wenn man konkret danach fragt. Wir fürchten uns – aber wovor genau? Da Angst, wie Zygmunt Bauman sagte, „kein guter Ratgeber der Demokratie“ ist [2], erscheint es sinnvoll und notwendig, dieser Frage näherzutreten – zumal die Polizei, wie wir sehen werden, bei diesen Ängsten oder besser gesagt bei ihrer Verhinderung in den Augen der Bürger eine nicht unerhebliche Rolle spielt.

Etwa ein Drittel der Deutschen gibt bei Umfragen an, dass sie sich nachts draußen alleine in ihrer Wohngegend ziemlich oder sehr unsicher fühlen. Je nach Altersgruppe, Geschlecht oder Wohnort können dies sogar bis zu 50% oder mehr sein. Bis zu 40% der von mir zuletzt im Schwarzwald-Baar-Kreis befragten Bürger meiden bestimmte Gegenden in ihrer Gemeinde aus Angst vor Straftaten (selbst in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern). Und es sind zunehmend auch junge Menschen, die diese Ängste haben und deren Lebensqualität dadurch beeinträchtigt wird. Denn Verbrechensangst beeinträchtigt die Lebensqualität im Alltag dadurch, dass man sich zu bestimmten Zeiten oder an bestimmten Orten nicht mehr auf die Straße traugt, dass man abends keine kulturellen Angebote mehr wahrnimmt, weil man Angst hat oder auch, weil man allgemein von dem ständigen Gefühl verfolgt wird, unsicher zu sein.

Warum nun haben diese Bürger Angst, obwohl objektiv betrachtet dazu oftmals kein Anlass besteht? In einer von mir Anfang des Jahres 2000 in vier Schweizer Städten durchgeführten Befragung zu Viktimisierung, Verbrechensfurcht und Polizeibewertung zeigte sich folgendes Ergebnis: Diejenigen Befragten, die selbst Opfer einer Straftat geworden waren, unterscheiden sich nicht von den „Nicht-Opfern“ im Hinblick auf ihre Verbrechensfurcht und individuelle Unsicherheit. Diejenigen aber, die jemanden kennen, der Opfer geworden ist, haben massiv höhere Ängste und Befürchtungen – und zwar in allen Bereichen und an allen Orten, sogar in der eigenen Wohnung, obwohl sie selbst nicht vikti-

misiert worden waren. Das „Opferwerden vom Hörensagen“, wie ich dieses Phänomen nenne, hat somit deutlich negativere Auswirkungen auf das individuelle Sicherheits- und damit Lebensgefühl, als tatsächlich selbst Opfer zu werden (zumindest gilt dies für leichtere Delikte und nicht-multiple Viktimisierung). Dies sollte uns, und sollte vor allem Politiker und Medienvertreter zum Nachdenken veranlassen.

In dieser und in anderen Umfragen sind wir auch genauer der Frage nachgegangen, was macht denn nun eigentlich den Bürgern Angst, wovor fürchten sie sich? Sie fürchten sich, wenn man es auf den Punkt bringen will, dort, wo es Dunkel ist, wo es im weitesten Sinne „unordentlich“ ist und wo es – wie die Schweizer zu sagen pflegen – „Fremde hat“.

Nun kann ich keine Aussagen darüber treffen, ob diese Angst vor dem oder den „Fremden“ auch für Österreicher gilt; anzunehmen wäre es, da mit dieser Angst menschliche Urängste angesprochen werden, die sich ursprünglich zu seinem Schutz und Nutzen entwickelt haben (man konnte ja nicht wissen, ob der Fremde, der einem entgegentrat, dies in böser oder guter Absicht tat). Inzwischen aber, wie man sieht, ist diese Angst eher eine Last, die sogar paralisieren kann, und die zunehmend gerne von Politikern funktionalisiert wird.

Was sind nun die Hintergründe dieser objektiv meist unbegründeten Ängste? Unsere empirischen Untersuchungen lassen den Schluss zu, dass hier eine Verlagerung von abstrakten und allgemeinen Lebensängsten in den konkreten Bereich der Verbrechensfurcht erfolgt. Viele Bürger sehen sowohl ihre individuelle, als auch die gesellschaftliche Zukunft als Bedrohung und nicht als Zufluchtsort oder gelobtes Land. Eine „politische Ökonomie der Unsicherheit“, wie Bourdieu dies bezeichnet, breitet sich aus, sie „quält das Bewußtsein und das Unterbewußtsein“ [3]. Um aber bergauf zu klettern, und dieses Beispiel, das so schön in ein Alpenland passt, habe ich bei Zygmunt Bauman entliehen, muss man festen Boden unter den Füßen haben. Da der Grund aber immer wackeliger, unbefestigter, unzuverlässiger wird, verflüchtigt sich das Vertrauen – das Vertrauen in den Staat, in seine Organe, aber auch in andere Menschen [4]. Wir ziehen uns zurück, kapseln uns ab, beklagen den wachsenden Egoismus, Nihilismus und Zynismus der Zeitgenossen – und rufen nach dem starken Staat, dem Strafrecht und der Polizei, um die Probleme, die uns andere

machen und die wir daher glauben konkret benennen zu können, zu bewältigen. Wem die weltweite Ökonomie, die Machtkämpfe vor dem Hintergrund der organisierten Staatskriminalität, der Zerfall des Gesundheitswesens und die Unsicherheiten in Bezug auf die eigene Rente zu komplex, zu wenig transparent und nicht beeinflussbar sind, der besinnt sich auf naheliegende Ängste und die „bekannteren Verdächtigen“, die ihm frei Haus geliefert werden. Da wird dann schnell der Asylbewerber, der schwarzafrikanische Drogenhändler oder der Ausländer allgemein zum Sündenbock für nicht konkret definier- und daher auch nicht kontrollierbare Ängste. Und die Politik unterstützt kräftig dabei, indem sie den Eindruck erweckt, man müsse nur alle ausländischen Straftäter möglichst schnell abschieben (oder besser noch: gar nicht erst ins Land kommen lassen), und schon seien die Probleme gelöst. Von organisierter Kriminalität und der Verflechtung von legaler und illegaler Macht spricht niemand, obwohl wir inzwischen alle unsere einschlägigen Erfahrungen dazu und die entsprechenden Skandale von Lucona bis Elf-Aquitaine, von Paris oder Wien bis Oggersheim haben.

Vielleicht hätte ich diese Frage gleich zu Beginn stellen sollen, aber ich stelle sie jetzt: Was meinen wir eigentlich, wenn wir über Kriminalität, über Sicherheit und Unordnung reden, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund tun wir das? Welche oder wessen „Sicherheit“ meinen wir? Welche bzw. von wem definierte „Unordnung“? Nach Richard Ericson, einem kanadischen Kriminologen, gibt es mindestens fünf verschiedene „Sicherheiten“: z.B. die Sicherheit, gesund zu leben, von Umweltgiften nicht belastet zu werden, einen gesicherten Arbeitsplatz und einen finanziell gesicherten Lebensabend zu haben oder zu erwarten, u.a.m.

Wir beißen uns aber in der Regel an der einen fest: Der sog. „inneren“ Sicherheit, die wir im übrigen ohne uns weitere Gedanken darüber zu machen, der „äußeren Sicherheit“ gegenüberstellen, obwohl beides längst nicht mehr voneinander zu trennen ist (so wirkt sich z.B. Unsicherheit auf dem Balkan direkt und unmittelbar auf uns aus, wie die jüngste Vergangenheit zeigt). Die Vermutung, dass mit dieser Fixierung auf die „Innere Sicherheit“ von den anderen Sicherheiten bewusst oder unbewusst abgelenkt werden soll, hat nicht nur Richard Ericson geäußert. Auch die jüngsten Erfah-

rungen zeigen, dass diese lange Zeit geübte Trennung oder gar Gegenüberstellung zwischen „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit nicht sinnvoll ist. Sicherheit (subjektive wie objektive) kann es in Europa nur für alle oder niemanden geben. Die Konsequenzen aus dieser Einsicht müssen Bürger wie Politiker und Polizeibeamte gleichermaßen ziehen.

Eines der beliebtesten Mittel, auf momentane oder andauernde Probleme zu reagieren, ist der Ruf nach der oder besser noch: nach mehr Polizei, obwohl wir genau wissen, dass dadurch die Ursachen für die Probleme und auch die Probleme selbst nicht beseitigt werden.

Fragt man die Bevölkerung nach den Gründen z.B. für einen Anstieg der Jugendkriminalität, dann werden vornehmlich Arbeitslosigkeit, die ökonomische und soziale Entwicklung, ein unzureichendes Kultur- und Freizeitangebot u.a.m. genannt. Nur 4% geben z.B. in einer von uns vor einiger Zeit durchgeführten Befragung hier „zu wenig Polizei“ an. Auf der anderen Seite sind dann, wenn man danach fragt, was gegen die Kriminalität getan werden, 28% der Auffassung, dass „mehr Polizei“ Kriminalität verhindere. Damit wird ein Dilemma oder Paradoxon deutlich: Während von den Bürgern als Ursachen für Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Faktoren genannt werden, wird zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme am häufigsten der Ausbau der Polizei vorgeschlagen. Wenn man so will, haben die Bürger die gebetsmühlenartig vorgetragenen Forderungen internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen können, obwohl ihre eigene Analyse in ganz andere Richtungen weist. In Richtungen allerdings, die nicht so einfach durch alltagspolitische Forderungen zu bewältigen sind.

Randnotiz: Wissen Sie im übrigen, auf wie viele Einwohner zu einer bestimmten, beliebigen Zeit ein tatsächlich verfügbarer Polizeibeamter kommt? Ich kann es Ihnen für Österreich nicht genau sagen, aber die Situation sollte mit der in Deutschland vergleichbar sein, wo auf jeweils 10.000 bis 20.000 Einwohner ein Polizeibeamter kommt, der auch tatsächlich (als Schutzpolizist) für den Bürger in Problemsituationen verfügbar ist.

Woher das blinde Vertrauen in den starken Staat, in Strafe und Abschreckung kommt, will ich an dieser Stelle nur andeuten. Individuelle Verdrängung

und Abgabe von Verantwortlichkeit spielen dabei sicher eine wichtige Rolle. Wozu dies führen kann, zeigt unsere gemeinsame Vergangenheit, zeigt aber auch die aktuelle Situation in den USA: Im Moment sitzen dort mehr Menschen hinter Gittern als in Russland zu den schlimmsten „Gulag“-Zeiten. Was geschieht aber mit diesen amerikanischen „Gulags“, in denen mehr als 90% der Gefangenen keine Lebenslänglichen und keine Todeskandidaten sind, in den nächsten Jahren? Irgendwann müssen diese Gefangenen entlassen werden. Bereits 1995 wurden in den USA jährlich fast eine halbe Million Gefangene auf freien Fuß gesetzt, fast 1 Million werden es im Jahr 2005 sein. Menschen, die in der Regel mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte wie Tiere im Käfig gehalten wurden, die sozial isoliert und sensorisch depriviert, teilweise missbraucht, jedenfalls lebensunfähig gemacht wurden. Vergleichbar mit gewalttätigen Tieren, die nur noch nach ihrem Instinkt handeln und nicht mehr imstande sind, über den Augenblick hinaus zu denken oder zu planen – so beschreibt ein ehemaliger Häftling diesen Zustand, und wer jemals amerikanische Gefängnisse von innen gesehen hat und dabei die Geräusche und Gerüche wahrgenommen hat, die eher an Irrenhäuser längst vergangener Jahrhunderte erinnern, kann dies nachvollziehen. Damit verlassen hunderttausende lebender Zeitbomben die Gefängnisse, von Hass erfüllte Individuen, ohne dass dort irgendwelche Anstrengungen unternommen werden, sie zu resozialisieren oder nach ihrer Entlassung in die Gesellschaft zu integrieren. Sie stehen auf der Straße und werden entweder zum Opfer oder zum Täter – in der Regel zu beidem.

William Sabol, Forscher am renommierten Washingtoner Urban Institute, ist der Frage nachgegangen, was diese Entwicklung für die amerikanischen Städte des nächsten Jahrhunderts bedeutet. Er geht davon aus, dass die Stadtteile, in die diese Gefangenen zurückkehren (und die Gefangenen stammen in der Regel aus bestimmten Stadtteilen großer Metropolen) nicht mehr in der Lage sein werden, diesen Zustrom arbeitsloser, oftmals physisch und psychisch kranker, mit Tuberkulose, Hepatitis oder Aids infizierter Männer zu absorbieren. Die Bezirke werden ihren zivilen Charakter verlieren, sie werden zu Stadtteilen der Ausgestoßenen werden. Sabol sieht die Zukunft der amerikanischen Städte im gewalttätigen Chaos versinken, regiert von einer riesigen Armee wütender, hasserfüllter

Ex-Häftlinge, die ohne schulische und berufliche Ausbildung, ohne Wohnung und Familie und aufgrund ihrer Gefängniserfahrung gereizt bis aufs Blut auf den Straßen leben. Mittel- und Oberschicht werden sich in mehr oder weniger geschützte Bezirke zurückziehen. Die Unterschicht kann sich arrangieren oder zurückschlagen – Bürgerkrieg in den Städten ist die Folge, bei denen die Polizei im übrigen eine nicht gerade angenehme Rolle zu spielen hat. Apokalyptische Aussichten.

Das Argument, dass Einsperren wirksamer sei als Behandlung, können wir im übrigen vergessen: Zu den – zugegeben wenigen – gesicherten Erkenntnissen der Kriminologie gehört die Tatsache, dass keine Maßnahme so ineffektiv im Sinne einer Rückfallverhinderung ist wie die Freiheitsstrafe. Und dabei gilt: Je länger, um so schädlicher. Wir alle – oder zumindest diejenigen, die in diesem Bereich kompetent sind oder Kompetenz für sich in Anspruch nehmen – wissen das, aber Konsequenzen daraus zu ziehen, scheuen wir uns. Warum?

Ist es nicht erstaunlich, dass eine Gesellschaft, die ansonsten so sehr aufs Geld schaut, hier offensichtlich nicht rechnen kann oder nicht rechnen will? Wie anders ist es zu erklären, dass wir bereit sind, ungeprüft Geld für das Wegsperren von Menschen auszugeben, bei präventiven Maßnahmen aber sofort die finanziellen und sonstigen Bedenkenträger kommen. Verborgene Rachegefühle? Möglicherweise, aber in der Stadt der Psychoanalyse werde ich nicht den Fehler unternehmen, auf diesem Gebiet zu dilettieren und zu versuchen, unsere Gesellschaft oder uns selbst zu psychoanalysieren. Aber es ist durchaus spannend und erschreckend aktuell, sich einmal intensiver mit einem Beitrag von Erich Fromm zur Psychologie der Strafjustiz [5] zu beschäftigen, der am Vorabend der Machtergreifung von Hitler erstmals veröffentlicht wurde. Dass es nunmehr ausgerechnet amerikanische Kollegen sind, die diesen Beitrag zusammen mit seinem Artikel „Zur Psychologie des Verbrechers und der strafenden Gesellschaft“,



der ein Jahr später erstmals erschien [6], neu publizieren, macht nachdenklich. Der Untertitel des Buches über Erich Fromm und die kritische Kriminologie lautet im übrigen „Beyond the Punitive Society“ [7] (Jenseits der strafenden Gesellschaft).

Die in den USA, aber inzwischen hier und da auch bei uns verwendeten Begriffe wie „War on Crime“ oder „Getting tough on Crime“ erwecken den Eindruck, dass es einen Feind, einen Fremden gibt, den es zu bekämpfen gilt. Aber wird dabei nicht vergessen, wo der Feind eigentlich steht? Wer die Bedingungen für diesen Krieg geschaffen hat? Es sind nicht fremde Mächte, sondern die Kinder unserer Gesellschaft, die wir hier bekämpfen! Ich möchte nicht so weit gehen und die amerikanische Kriminalpolitik (die insbesondere in der New Yorker Variante Dutzende von europäischen Innenpolitiker und Polizeichefs fasziniert hat) mit Erich Fromms Verständnis von gesellschaftlichem Sodomasochismus in Verbindung zu bringen. Aber man darf sich schon fragen, wie die klammheimliche Genugtuung zu erklären ist, die europäische Vertreter dieser tough-on-crime-Philosophie befallen hat. Mit unserer Technologie begeben wir uns ins 21. Jahrhundert, in der Kriminalpolitik verfallen wir in die Steinzeit zurück.

Warum? Weil uns nichts Besseres einfällt? Vielleicht. Vielleicht aber auch, weil wir diese Abgrenzung zum „Bösen“ brauchen, und täglich mehr brauchen, um uns zu zwingen, die Fesseln der postmodernen Gesellschaft zu ertragen.

In unserer Gesellschaft regiert der neue „hemdsärmelige Egoismus der Erfolgreichen, der Schönen und Starken, der Leistungsbereiten und Selbstgewissen“, wie dies Guggenberger einmal beschrieben hat. „Postmoderne Neuzyniker“ regieren die Welt, ehemals askese-stüchtige Alternativknechte werfen sich in Designeranzüge und jetten um die Welt, um sie zu retten. Es macht sich ein „postmoderner Nihilismus“ (Bittner) breit, dem, frei nach Watzlawick, das Motto zugewiesen werden konnte: Wenn es keinen Sinn im Leben gibt, spart das eine Menge Arbeit – wir brauchen nämlich keinen mehr zu suchen.

Auf der anderen Seite haben in der „Fernseh-Tagesschau“ die täglichen Aktienkurse dem Wetterbericht längst den Rang in Interesse der Zuschauer abgelauften. Shareholder-Value regiert die Welt...

Dabei werden dann noch diejenigen, die aufbegehren gegen den gesellschaftlichen Egoismus, die mahnen und handeln, als „Gutmenschen“ diffamiert und ausgegrenzt, wenn sie sich für Asylbewerber oder Randgruppen in der Gesellschaft einsetzen. Kein Tag vergeht im Moment, an dem nicht in Deutschland ein Ausländer verprügelt, beleidigt, diffamiert wird. Fast 100 Opfer hat die fremdenfeindliche rechte Gewalt in den letzten 10 Jahren in Deutschland gefordert, und es brennen wieder Synagogen in Deutschland – zwar nicht richtig und noch zaghaft, aber die wenigsten kümmern es. Geben wir damit ein gutes Beispiel für unsere Jugend die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten dafür – aktiv oder passiv – sorgen muss, dass wir alle in Freiheit und Sicherheit leben können?

Von der Konsequenz der Moderne: Leben mit der (selbst verursachten) Gewalt?

Soziologen sagen uns, dass moderne Gesellschaften gekennzeichnet sind durch eine zunehmende Individualisierung von Lebensstilen, durch zunehmende und unterschiedlich betriebene Suche nach Lebenssinn, durch zunehmende Marginalisierung und Filtering-Down-Prozesse, durch Kommunikationsverarmung und daraus resultierend geringere Interaktionsintensität, durch niedrigere Toleranzgrenzen und geringere Bereitschaft, Konflikte informell zu lösen, und schließlich durch eine zunehmende „Unwirtlichkeit der Städte“ (Mitscherlich). Auf der anderen Seite mehren sich die Anzeichen dafür, dass der über Jahre, ja sogar Jahrhunderte entstandene Ge-

sellschaftsvertrag immer mehr aufgekündigt wird, sich Machtverhältnisse immer mehr verhärten und ein arroganter Liberalismus verkündet wird, der sich über Arbeitslosigkeit hinwegsetzt, ja sie sogar protegiert. Pierre Bourdieu hat dies als die Wiederkehr des Sozialchauvinismus bezeichnet [8].

Aus dieser Entwicklung folgen Unsicherheit, Misstrauen, Angst und verstärkte Isolierung. Die Ursachen für vom Einzelnen als negativ empfundene Entwicklungen werden wahrnehmbaren Gruppen zugeschrieben (Jugendliche, Ausländer) mit dem Ergebnis, dass hier „Sündenböcke“ für gesellschaftliche Entwicklungen gesucht und gefunden werden. Beispiel hierfür sind wiederum Tendenzen in den USA, wo man das Problem der Jugendkriminalität mit abendlichen Ausgangssperren oder radikalen Strafbestimmungen lösen will – und prompt gibt es in Deutschland die ersten Nachahm-Versuche, in dem z.B. schulpflichtige Kinder von der Polizei zur Schule eskortiert werden oder den Eltern Geldbußen auferlegt werden.

Im Ergebnis wird mit einer solchen Politik der „Zero Tolerance“ oder der „Sauberen Städte“ aber weniger eine Reduzierung von Kriminalität als eine Verschärfung der Situation und eine weitere Verödung innerstädtischer Bereiche erreicht. Man glaubt, dass der „innere Frieden“ und das Sicherheitsgefühl der Bürger durch mehr Polizei und mehr und härtere Strafen positiv beeinflusst werden können. „Mehr vom selben“ bringt aber auf Dauer keine Lösung; dies hat schon Watzlawick überzeugend dargelegt. Wenn von den 15 Millionen Deutschen unter 18 Jahren bereits jetzt über eine Million selbst oder mittelbar auf Sozialhilfe angewiesen sind und Städte, in denen 20% und mehr der dort lebenden Kinder unter den Bedingungen der Lebensgestaltung durch Sozialhilfe aufwachsen müssen und dies in einem System, das nach wie vor Armut als individuelles Versagen interpretiert, so liegen die Auswirkungen auf der Hand. Die Kinder geraten zwischen alle Fronten. Die Ohnmachtserfahrung, die Kinder arbeitsloser Eltern machen, führt zu einer angeschlagenen oder beschädigten Identität, mit dem Ergebnis, dass abweichende Identitätsangebote leichter angenommen werden oder man sich mit dem negativen Bild, das die Gesellschaft einem verpasst, einfach abfindet.

Vom „Krieg der Kinder“, und von „den kleinen Monstern, die die Statistik verderben“ schrieb 1999 der Spiegel,

nachdem Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen gegen Lehrer und Polizeibeamte in Deutschland für Aufsehen gesorgt hatten: Die Wiedervereinigung – so der sonst so reflektierte Spiegel – habe das Böse unter den Kindern im Osten offenbar angefacht. Jugend wurde wieder einmal zum Problem – allerdings nicht, weil es Straßenkindern oder anderen schlecht geht, sondern weil sie uns Probleme machen. Aber was die wenigsten wissen (oder wissen wollen): Das Risiko eines Kindes, von einem Erwachsenen sexuell missbraucht zu werden, ist selbst nach den offiziell registrierten Zahlen um ein Vielfaches höher als das eines Erwachsenen, von einem Jugendlichen beraubt zu werden. Dabei muss man davon ausgehen, dass die Dunkelziffer beim sexuellen Missbrauch wesentlich höher ist als beim Raub, d.h. dass wesentlich weniger Fälle des sexuellen Missbrauchs der Polizei gemeldet werden. Und wussten Sie, dass sich in deutschen Großstädten drei von vier Gewalttaten (im Sinne von Körperverletzungen) in Familien ereignen? Die Familie ist der Hort der Gewalt in unserer Gesellschaft, nicht die dunklen Ecken der Innenstädte, an denen wir uns so sehr fürchten.

Die nachweisbare quantitative und unterstellte qualitative Zunahme der Jugendgewalt beruht nach der Auffassung der meisten Wissenschaftskollegen darauf, dass unsere Gesellschaft immer mehr zu einer Winner-Loser-Kultur wird. Das Risiko der Entstehung von Jugendgewalt erhöht sich, wenn drei Faktoren zusammentreffen: die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, gravierende soziale Benachteiligung der Familie und schlechte Zukunftschancen des Jugendlichen aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus.

Die Fokussierung der Jugendgewalt durch die Erwachsenenwelt hat auch eine wichtige Rechtfertigungs- und Entlastungsfunktion. Verschleiert wird damit, dass die Bedingungen zur Entstehung von Jugendkriminalität zu einem wesentlichen Teil von der durch Erwachsene konstruierten und beherrschten Lebenswelt geschaffen werden. Verschleiert wird weiter die Zunahme der subtilen, in gesellschaftlichen Strukturen angelegten Gewalt der Erwachsenen. Nach einer Studie des Zentrums für Sozialpolitik der Universität Bremen im Auftrag der Gmünder Ersatzkasse unter mehr als 9.300 Jugendlichen werden Jugendliche mit schlechten Aussichten auf einen Arbeitsplatz oder Ausbildungsabschluss häufiger krank als Gleichaltrige mit besseren Zukunftschancen. Zukunftssorgen

können – so die Kollegen – nicht nur Elan und Lebenszuversicht rauben, sondern auch krank machen.

Generell spielt bei den Diskussionen um Jugendgewalt die Konfliktfähigkeit der Bevölkerung und die insgesamt vorhandene Stabilität gesellschaftlicher Verhältnisse eine wichtige Rolle: Je stabiler, desto konfliktfähiger ist eine Gesellschaft, desto mehr Potential zur Selbstbewältigung von Problemen hat sie und desto geringer ist die Anzeigebereitschaft in der Bevölkerung. Umgekehrt gilt für (potentielle) Täter:

Je weniger konfliktfähig etc. eine Gesellschaft ist, umso eher lässt sie sich provozieren und bietet die Möglichkeit, über Devianz die Anerkennung zu finden, die anderweitig versagt wird. Appelle an die Jugend – gleich welcher Form – sind nur dann sinnvoll, wenn gleichzeitig auch das entsprechende gesellschaftliche Klima geschaffen wird. Der Soziologe Oskar Negt hat 1994 dazu in seinem kleinen Büchlein mit dem bezeichnenden Namen „Kältestrom“ Folgendes geschrieben: „Der räuberische, jede Form

der Solidarität und der Gefühlswelt des Mitleidens beschädigende Kampf um Erfolg, dieser Sozialdarwinismus, bei dem nur die Bestausgestatteten überleben, hat jetzt jene erfasst, die bei diesem Kampf auf der Strecke geblieben sind. Sie sind Kinder dieser Gesellschaft, Opfer und blutige Täter in einem“. Und Norbert Elias hat in seinen „Studien über die Deutschen“ (1989) geschrieben: „Wenn die Gesellschaft den Menschen der heranwachsenden Generation eine kreative Sinnerfüllung versagt, dann finden sie schließlich ihre Erfüllung in der Zerstörung“.

Es ist Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, dem entgegen zu wirken. Eine demokratische Polizei ist stark genug (und hier komme ich wieder auf mein Eingangszitat zurück), sich als Vermittler zwischen Freiheit und Sicherheit zu betätigen. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, vor allem aber auch der Politiker, dieses Vertrauen der Polizei entgegen zu bringen, aber auch mit dafür zu sorgen, dass die Bürger ihrer Polizei vertrauen können.

Anmerkungen

- [1] Zygmunt Bauman, Freiheit und Sicherheit. In: Die neue Ordnung des Politischen, hrsg. von E. Anselm, A. Freytag, W. Marschitz und B. Marte, Frankfurt/Main, New York 1999, S. 23 ff., S.24
 [2] Bauman aaO., S. 27
 [3] Zitiert nach Bauman aaO., S. 28
 [4] Baumann aaO.
 [5] Erich Fromm, Der Staat als Erzieher. Zur Psychologie der Strafjustiz. In: Zeitschrift für psychoanalytische Pädagogik, Wien, 4:1, 1930, S. 5-9; Nachdruck in: Erich Fromm, Gesamtausgabe, Bd. 1, hrsg. von Rainer Funk, München 1989, S. 7-10
 [6] In: Imago: Zeitschrift für Anwendung der Psychoanalyse auf die Natur- und Geisteswissenschaften, 17, 2, 1931, S. 226-251; Nachdruck in Erich Fromm, Gesamtausgabe, Bd. 1, hrsg. von Rainer Funk, München 1989, S. 11-30
 [7] Erich Fromm and Critical Criminology. Beyond the Punitive Society. Hrsg. von Kevin Anderson und Richard Quinney, Urbana und Chicago 2000 (Univ. of Illinois Press)
 [8] P. Bourdieu, Gegenfeuer. Konstanz 1998, S. 11

Ein kritisches Insolvenzverfahren

Aus gegebenen Anlässen – Anrufe von JournalistInnen –, wonach wir als Kritische PolizistInnen nicht mehr existierten, Fehlinformationen von Pressestellen aus Polizeipräsidien und Staatsanwaltschaften bei für sie unangenehmen Stellungnahmen von uns z. B. zu den in diesem Heft behandelten Todesfällen im Polizeigewahrsam, geben wir diese Information:

Die BAG Kritischer Polizistinnen und Polizisten e.V. existiert für die politische Auseinandersetzung weiter. Wir befinden uns noch in einem Insolvenzverfahren. Die Chancen, dass wir vom zuständigen Amtsgericht in Hamburg wieder für solvent (und damit voller Teilhabe am Rechts- und Geschäftsleben) erklärt werden, sind gut. Derzeit wird dafür der Schuldenplan erstellt. Auch wenn wir mit Einleiten des Insolvenzverfahrens aus dem Register des AG Hamburg gestrichen sind, werden wir mit Wiederherstellen unserer Solvenz eben wieder eingetragen. Unabhängig davon bleiben wir allerdings nach wie vor in der politischen Meinungsbildung präsent. Dies ist auch rechtlich unbedenklich. Dass dieser Hänge-Zustand von vielen, die uns Kritische lieber gestern als heute am Ende sehen möchten, benutzt wird, um Unsinn in Redaktionen und die Politik zu suggerie-

ren, zeigt nur nochmals, wie wichtig es ist, dass dieses Projekt BAG Kritischer PolizistInnen von Stimmen aus den Reihen der Polizei-Praktiker, die Klartext reden, fortgeführt werden sollte.

Es gibt immer noch genug Kräfte, die dieses bürgerrechtliche Projekt tragen.

Das von mir in meiner Funktion als Bundessprecher eingeleitete Insolvenzverfahren war notwendig geworden, nachdem durch unsere ehemalige Bundessprecherin, Frau Bianca Müller, schuldhaftes Verhalten im Zusammenhang mit Zivilprozessen gegen verschiedene Berliner Polizeibeamte Forderungen gegen die BAG entstanden – hierzu siehe bei größerem Interesse die Informationen in den vorherigen UNBEQUEM-Ausgaben. Bianca Müllers zweijährige Amtszeit ist im November 2001 ausgelaufen. Das ist auch gut so. Sie selbst erklärt sich ggü. Gerichten, so beispielsweise in einem Schreiben vom 13. Mai 2002 ggü. dem AG Hamburg, u.a. wie folgt: „Ich selbst bin nach Fristablauf meiner Wahl seit dem 1.12.2001 nicht mehr Vorstandsmitglied gewesen.“ – Das ist eine zutreffende Information von ihr.

Entscheidend ist derzeit, dass unsere politischen Wirkungsmöglichkeiten trotz dieser im Wesentlichen von Bianca Mül-

ler zu verantwortenden finanziellen Problemen weiter bestehen. Andere Verantwortliche, wie Manfred Such (im Frühjahr 2001 neben Frau Müller und mir noch als dritter Bundessprecher fungierend) und Dieter Schenk als ehemaliges Vorstandsmitglied, haben gleichfalls die „Beine in die Hand“ genommen und entzogen sich so der mühsamen Wiederherstellung unserer rechtlichen Geschäftsfähigkeit auf der Basis gesunder finanzieller Grundlagen. Diese Arbeit haben jetzt andere übernommen.

Vornehmlich diese drei waren es, die das finanzielle Desaster des Berlin-Abenteuers von Bianca Müller zu verantworten haben, aber „rechtzeitig“ weggliefen.

Lassen Sie sich auch nicht durch irgendwelche Homepages ehemaliger Frustrierter bzw. in Wut gegangener Mitglieder wie Reinhard Borchers, Hamburg, oder Bernward Boden, Köln, verunsichern. Individualpsychologisch ist es nachvollziehbar, dass nach solchen Abschieden der Verein ohne diese Personen gar nicht weiter leben „darf“.

Zur Zeit wird daran gearbeitet, für den Herbst ein auch personell neues Gesicht der BAG Kritischer PolizistInnen aufzustellen.

Thomas Wüppesahl, Bundessprecher